

Damen- und
Herrensalon
med. Fußpflege



Theresia
Diekmann

Dohlenweg 7 · 49413 Dinklage
Telefon 0 44 43/21 98

**KOLPING**
Inh. Margareta Kaiser *Haus*

Saalbetrieb für 15 bis 300 Personen

Wir organisieren Ihre Feier oder Veranstaltung.
Betriebsfeiern · Hochzeiten · Geburtstage usw.

Wir betreuen auch Ihre private Feier zu Hause mit
Speisen nach Ihren Wünschen!

Lange Str. 32 · 49413 DINKLAGE Tel.: 04443/12 34



UNSER ORT

UO Nr. 62 · September 2005

Postwurfsendung!

Quo vadis -
Deutschland ?



plus 2% Merkelsteuer
Steuer auf Feiertags-
und Nachtzuschläge
Kopfpauschale
Abbau von Arbeit-
nehmerrechten
.....

Sicherheit,
Verlässlichkeit
und Frieden !
gerechte Steuern
Bürgerversicherung
Erhalt der Arbeit-
nehmerrechte
.....

"... Ääh ...
Es gibt zwei
Deutsche, den
West- und den
Ostdeutschen;
oder den
Schlaunen
und den
Nichtbayern"



Neue Real-
politik



Ojemine
und wo
bleibt dabei
der Spaß ?



Wir sind
auch wieder da



RESTAURANT

KRÖGER



...essen wie Gott in Dinklage!

Quakenbrücker Straße 5
49413 Dinklage
Telefon (0 44 43) 42 00
Fax (0 44 43) 9 14 72

Öffnungszeiten:

Montag bis Samstag
11.00 - 14.00 Uhr
und 17.00 - 24.00 Uhr
Sonntag 17.00 - 23.30 Uhr

Kein Ruhetag!

**Alle Speisen auch
zum Mitnehmen!**

Buchhandlung



Diekmann

Inh. Silvia Dierken

Am Markt 2 · 49413 Dinklage

Telefon 0 44 43/96 18 64

Quo vadis? -

Deutschland soll entscheiden!

Am 18. September ist Bundestagswahl. Bei dieser vom Bundeskanzler Schröder initiierten Neuwahl sollen die Bürgerinnen und Bürger des Landes über die Richtung der Politik entscheiden. Wer soll Deutschland weiterregieren? Auf der einen Seite stehen Westerwelle, Merkel & Co., die im neoliberalen Geiste die Bundesrepublik grundlegend verändern wollen, vor allem unter Wegfall vieler Arbeitnehmerrechte. Auf der anderen Seite stehen mit Gysi und Lafontaine zwei Vertreter einer Politikrichtung, die alles versprechen und nichts halten können bzw. brauchen.

Der Sozialstaat Deutschland muss weiter reformiert werden. Die Sozialsysteme Gesundheit und Rente müssen unter Berücksichtigung der geänderten Altersstruktur unserer Gesellschaft langfristig funktionieren. Dabei gilt im Besonderen zu beachten, dass die Lohnnebenkosten deutlich verringert werden, um den Faktor Arbeit zu entlasten. In der Kranken- und Rentenversicherung konnten die hohen Beiträge aus den Zeiten der Kohlregierung (mit der Ministerin Merkel!) wieder abgesenkt werden.

Jede Zeit braucht neue Antworten. Die SPD-Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 wichtige und richtige Reformschritte eingeleitet und neue Antworten gegeben. Diese Einschätzung teilen alle unabhängigen Gutachter. Die Agenda 2010 umfasst viele Bereiche. Besonders die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II ist eine seit Jahrzehnten geforderte Reform. Nachbesserungen wurden und werden zu Recht nach den Empfehlungen des überparteilichen Ombudsrates noch vorgenommen. Allen Gesetzen liegt aber die Überlegung zu Grunde, dass Deutschland bis zum Jahre 2010 und darüber hinaus so gestaltet wird, dass auch die nachfolgenden Generationen in einem finanzierbaren Sozialstaat leben können. CDU und FDP waren es, die für die falsche

Finanzierung der deutschen Einheit in die Kassen der Sozialsysteme griffen.

Mit der größten Steuerreform der Nachkriegsgeschichte hat die SPD-Bundesregierung die Höchstsätze aus der Kohlregierung für Arbeitnehmer und Unternehmen deutlich abgesenkt, u.a. den Eingangssteuersatz von 25,9% auf 15%. Die Entlastung von über 52 Mrd. € stärkt den privaten Konsum und erleichtert Investitionen für Unternehmen – beides sind Grundbedingungen für Wachstum und Beschäftigung. An den steuerlichen Voraussetzungen für die Unternehmen (Absenkung der Körperschaftsteuer, Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer) kann es nicht mehr liegen, jetzt stehen auch die Unternehmen in der nationalen Verantwortung Arbeitsplätze zu schaffen.

Sozial- und Steuerreform zeigen das Spannungsfeld sozialdemokratischer Politik. Sie erinnern sich an Westerwelle, Merkel, Gysi und Lafontaine? Dem einen geht es zu weit, dem anderen nicht weit genug. Hier hat die SPD Verantwortung zu übernehmen. Sie war die einzige Partei, die Reformen mit Unterstützung einer breiten Bevölkerung einleiten konnte, sie ist die einzige Partei, welche die Reformen sozial gerecht zu Ende bringt.

Auch hat die SPD mit Gerhard Schröder eine Führungskraft, die souverän auf internationalem Parkett die deutschen Interessen vertreten kann. Diesen Beweis kann Merkel mit ihren nationalen holprigen Auftritten nicht erbringen.

Mit der Föderalismuskommission wird der Bundestag wieder zu zwei Drittel für die Gesetzgebung zuständig sein. Mit Legitimation für eine SPD-Bundesregierung durch die vorgezogene Wahl ist eine Blockadepolitik der Union im Bundesrat wie bisher nicht mehr möglich.



**Vertrauen in
Deutschland**

BÜCKER

WEINE & SPIRITUOSEN

Bücker Getränkevertrieb GmbH
An der Bleiche 10 · 49413 Dinklage
Tel: 0 44 43 / 7 51 · Fax: 0 44 43 / 39 77
E-Mail: wein-buecker@t-online.de

PRÄSENTE FÜR JEDEN GESCHMACK



Weine und Spezialitäten aus Rioja, Chile, Kalifornien, Südafrika, Tasmanien, Somontano, Bordeaux, Piemont, Argentinien, Champagne, Loire, Languedoc, Pfalz, Rheingau, etc. ...

**Individuelle Präsentideen
Postservice und Versand**



SABO TIGA WOLF Garten VILCEO solo TORO MOTEC kränzle

Motorgeräte · Rasenmäher · Rasentraktoren
Motorsensen · Motorsägen · Hochdruckreiniger
Kehrmaschinen · Gerätevermietung · Fahrräder

W. Wienhold · Sanderstr. 62 · 49413 Dinklage

Tel: 0 44 43/96 12 76 · Fax: 0 44 43/96 12 78
service@gartentechnik-wienhold.de · www.gartentechnik-wienhold.de

Was bietet die SPD: Mut zu Reformen und Verlässlichkeit (eine Kurzfassung aus dem Regierungsprogramm)

Gesundheit

Die Gesundheitsreform hat die Eigenverantwortung gestärkt, die Versorgung aller gesichert und das Solidarprinzip gewahrt. Einsparungen und Überschüsse von 4 Mrd. € führen zum Schuldenabbau der Kassen, zu sinkenden Beiträgen und niedrigeren Lohnnebenkosten. (Übrigens: Die viel gescholtene Praxisgebühr war nicht eine Idee der SPD, sondern eine Forderung der CDU, die im Bundesrat zustimmen musste.)

Der nächste große Schritt wird die Einführung einer gerechten Bürgerversicherung sein. Zwei Drittel der Deutschen befürworten nach Umfrage der Bertelsmann Stiftung diese solidarische Form der Versicherung, in welche alle - auch Selbständige, Beamte und Besserverdienende - einbezahlen. Die bestehende beitragsfreie Versicherung für Ehepartner ohne Einkommen bleibt dabei im Gegensatz zum CDU-Modell erhalten.

Die Minimalversorgung mit der Kopfpauschale der CDU von 109 € pro erwachsenem Versicherten (ohne Einkommen oder Millionär) zuzüglich 60 € aus Arbeitgeberbeiträgen (auf 6,5% des Einkommens eingefroren) und Steuern ist sozial ungerecht, weil sie nur die Besserverdienenden begünstigt. Außerdem schafft sie eine Finanzierungslücke von 15 bis 20 Mrd. €. Eine Form der Gegen-



Quelle: TAZ

finanzierung nennt die Union nicht. Mit der Bierdeckelsteuerreform von Merz und Kirchhof passt das gar nicht zusammen.

Arbeit

Mit der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde eine Grundversicherung für Langzeitarbeitslose eingeführt. Sie erhalten jetzt das gleiche Angebot an Förderung und Jobvermittlung wie alle Arbeitssuchenden. Statistisch ist dadurch die Zahl der Arbeitslosen gestiegen, die Zahl der Sozialhilfeempfänger aber deutlich gesunken. Der mit der Wirtschaft vereinbarte Ausbildungspakt -zugegebener Maßen unter Androhung der Einführung einer Ausbildungsabgabe seitens der SPD- soll dabei helfen, dass kein Jugendlicher sein Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnt. Ziel einer SPD-geführten Bundesregierung ist es, dass kein junger Mensch unter 25 Jahren länger als drei Monate arbeitslos ist.

Aber auch ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer sollen mit Lohnkostenunterstützung und mit Förderung von regionalen Beschäftigungspakten für Ältere in Arbeit gehalten bzw. gebracht werden. Hierfür stehen 250 Mill. € zur Verfügung. Weil die Situation für Ältere so schwierig ist, wird die vorgesehene Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in das Jahr 2008 verschoben.

Fort- und Weiterbildung wird auch weiterhin ein zentrales Mittel der Arbeits- und Beschäftigungspolitik bleiben. Diese Möglichkeit wollen CDU und FDP abschaffen, letztere will die ganze Agentur für Arbeit auflösen.

Arbeitnehmerrechte und Löhne

Der Schutz vor Kündigungen, faire Befristungsregeln, das Recht auf Wahl betrieblicher Interessenvertretung sowie ein moderner Arbeitsschutz gehören zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten. Die von CDU und FDP gewollte weitgehende Abschaffung des Kündigungsschutzes wird es mit der SPD nicht geben.

Die Tarifautonomie hat sich als Grundpfeiler sozialer Marktwirtschaft bewährt. Tarifverträge ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen, die insbesondere auf Beschäftigungssicherung auszurichten sind. In den zurückliegenden Jahren haben Arbeitnehmer in Deutschland erhebliche Opfer gebracht. Um die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, haben Belegschaften Arbeitszeiterhöhungen akzeptiert, flexiblen Arbeitszeitmodellen zugestimmt und sehr moderate Gehaltserhöhungen eingefordert. Das war notwendig und wichtig. Eingriffe in diese durch das Grundgesetz garantierte Tarifautonomie wird es mit der SPD auch nicht geben.

Es gilt: Jeder Mensch muss die Möglichkeit zur Teilhabe an einer sozial abgesicherten und Existenz sichernden Erwerbsarbeit haben.



Quelle TAZ
Gewerkschaft nach FDP-Vorstellung

Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen wird die Tarifparteien bei der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch entsandte Billigkräfte unterstützen. Die Tarifparteien sind damit aufgefordert, Mindestlöhne in allen Branchen zu ver-

einbaren. Gegebenfalls können Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn ergriffen werden.

Steuern

Mit dem seit 1998 historisch einmaligen Steuersenkungsprogramm hat die SPD für mehr Gerechtigkeit vor allem für private Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen sowie Familien gesorgt. Die untersten 20 % der Einkommen sind von der Steuer befreit.

Weitere Steuersenkungen sind daher zurzeit nicht notwendig. Weitere Reformen in der Steuerpolitik müssen aufkommensneutral und gerecht sein. Weder der Bierdeckelstufentarif der CDU noch die einheitliche Kopfsteuer von Kirchhof und der FDP entsprechen dem Grundsatz eines sozial gerechten Steuersystems. Eine Mehrwertsteuererhöhung, wie es die CDU vorschlägt, würgt die Binnen-nachfrage ab und belastet vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen. Steuerliche Subventionstatbestände müssen weiter abgebaut werden, eine Vereinfachung des Steuerrechts führt zu einer effektiveren Anwendung. Seit drei Jahren blockieren CDU/CSU und FDP den Abbau von Steuervergünstigungen. Durch dieses unverantwortliche Handeln ist die Haushaltslage bei Bund und Ländern so dramatisch.

An der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen hält die SPD im Gegensatz zur Union fest! Die SPD-Bundesregierung wird auf EU-Ebene die Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze für Unternehmensgewinne einfördern, um den ruinösen Standortwettbewerb über Steuern zu begrenzen.

Hohe Individualeinkommen –ab einem Jahreseinkommen von 250.000€ (Ledige) bzw. 500.000€ (Verheiratete)- werden stärker zur Finanzierung notwendiger staatlicher Aufgaben (Bildung und Forschung) herangezogen und dafür eine 3% erhöhte Einkommenssteuer bezahlen. Betriebe sind davon nicht betroffen.

Familie

Die Familienpolitik der SPD sieht gute Kinderbetreuung, Zeit für Kinder und Familie, effiziente Geldleistungen und die Unterstützung junger Familien vor. Die Quantität und Qualität der Tagesbetreuung wird ausgebaut bis hin zum Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr bis zum Jahre 2010. Durch die Umwandlung des Erziehungsgeldes in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion soll sicherstellen, dass Familien ihren Lebensstandard halten können, wenn die Berufstätigkeit unterbrochen wird. An der 3-jährigen Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Teilzeitananspruch wird festgehalten.

Rente

In der gesetzlichen Rentenversicherung konnten die hohen Beiträge aus Zeiten der Kohl-Regierung verringert werden. Seit 2003 ist der Beitrag stabil. Die gesetzliche Rente bleibt die wichtigste Säule der Altersversicherung. Neben der im Umlageverfahren finanzierten Grundrente wird der Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten privaten sowie betrieblichen Altersvorsorge weiter staatlich gefördert. Grundlegendes Ziel ist es, das faktische Rentenalter an das gesetzliche Rentenalter von 65 Jahren heranzuführen, d.h., Frühverrentung muss individuell und nicht firmenpolitisch begründet sein.

Außenpolitik

Deutschland ist ein selbstbewusster und hoch respektierter Partner in der internationalen Politik und bei der gerechten Gestaltung der Globalisierung. Unter Bundeskanzler Schröder verfolgt Deutschland eine Politik des Friedens, der gerechten Weltordnung und der rechtzeitigen Konfliktvermeidung. Dabei ist es durchaus erlaubt, eine andere Meinung als die Weltmacht USA zu haben. Mit Merkel als Bundeskanzlerin wären deutsche Soldaten heute im Irak mit allen Konsequenzen.



Quelle TAZ

Internationale Stimmen zur SPD-Reformpolitik

William White, Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, dessen Beurteilungen zu den objektivsten zählen, hat den Reformkurs der Bundesregierung bestätigt:

„Ich wünschte mir, dass die Menschen in Deutschland die Notwendigkeit von Strukturereformen erkennen und dass sie den Wert der schon eingeleiteten Reformen wahrnehmen. Und dass sie realisieren, dass sie als Folge der Reformen mit der Zeit reicher und nicht ärmer werden (...).

Deutschland ist in solider Verfassung und hat sich schon weit stärker verbessert, als viele Menschen glauben wahrzunehmen.“ In den neunziger Jahren war Deutschland, wie das angesehen britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ neulich schrieb, der „kranke Mann Europas“. Heute dagegen sind die Deutschen wieder „superkonkurrenzfähig“.

Für jeden, der nicht blind ist, zeigt sich: Die für viele schmerzliche Reformpolitik der vergangenen Jahre war notwendig. Sie war längst überfällig und von Schwarz-Gelb 16 Jahre lang verbummelt worden.

Kohorst Reisen



Holthausstraße 10 · Dinklage
Tel. 0 44 43 / 48 71

Wärme und Technik



GESUNDE WÄRME AUS DER NATUR - FÜR DIE NATUR.

Sonne im Sommer, Holz im Winter: Das ganze Jahr über können Sie dank modernster Technik umweltbewusst und preisgünstig heizen. Eine Solaranlage in sonnigen Zeiten und ein Holzheizung an kalten Tagen sorgen für Wärme, die absolut umweltfreundlich ist.

Natürlich beraten wir Sie gerne.

BUSCHERMÖHLE

Wahre Vielfalt mit Niveau!

Holthausstraße 20 · 49413 Dinklage · Telefon 0 44 43 / 96 31 - 0 · Fax 0 44 43 / 96 31 - 50
www.buschermoehle.de · info@buschermoehle.de



Sozialdemokrat sein – und es auch bleiben

(LS) Nach Presse, Stimmung und Umfragen sollte sich jeder Sozialdemokrat eigentlich verstecken. „Alles falsch gemacht“ will man uns einreden.

Als Beobachter der Landes- und Bundespolitik frage ich mich allerdings, was wurde falsch gemacht?

Im Jahre 1998 wurden SPD und Grüne in die Regierung gewählt. Vorher hatte es Stillstand in allen Bereichen der Innenpolitik gegeben. Während alle damaligen europäischen Partner zu diesem Zeitpunkt die schwierigen Reformen schon erledigt hatten, z. B. Frau Thatcher in England, hatte die CDU und FDP in Deutschland dieses immer wieder vor sich hergeschoben. „Blühende Landschaften“ und „Sichere Renten“ waren die Aussagen der Herren Kohl und Blüm! Zu Beginn der Regierungszeit des Bundeskanzlers Gerhard Schröder verließ Herr Lafontaine das Bundeskabinett, weil er den Versprechungen der Herren Kohl und Blüm folgen wollte.

Danach verkündete der Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010. 2010 heißt soviel wie im Jahr 2010 kommen Reformen endgültig zur Wirkung, hier zahlen sie sich endgültig aus. Agenda 2010 ist also eine realistische und ehrliche Aussage. Versprechungen anderer Art sind kurzfristige Wahlkampfversprechen.

Am deutlichsten wird diese Aussage im Gesundheitswesen zu hinterfragen sein: Soll es eine Kopfpauschale oder eine Bürgerversicherung geben? Bürgerversicherung ist weiterhin der Ausdruck von Solidargemeinschaft, weil alle -auch Beamte, Besserverdienende und Selbständige- zahlen, während die Kopfpauschale eine anonyme und, wie ich meine, auch familienfeindliche Krankenkassensteuer bedeutet.

Die Frage dieser Wahl lautet ganz einfach: Wollen wir mit viel Mühe weiterhin eine Gesellschaft der Solidarität oder wollen wir einen Staat der Egozentriker.

Ich bin - obwohl Beamter - lieber solidarisch.





(MW) Aktuell aus Rat und Ausschüssen

TVD-Center

SPD- und CDU-Fraktion beschließen, dem TVD ein **Erbbaugrundstück** zur Errichtung eines TVD-Centers zur Verfügung zu stellen. Im TVD-Center soll einer breiten Bevölkerungsschicht der Gesundheits- und Fitnesssport angeboten werden.

Wirtschafts- und Finanzausschuss

Das **Haus Pölking** an der Rombergstraße ist noch immer keiner sinnvollen Nutzung zugeführt worden. Die SPD-Fraktion befürwortet weiterhin die Anmietung für das Jugendzentrum.

Der **Haushalt 2004** konnte trotz eines ursprünglichen Defizits von 280 TSD. € erfreulicherweise ausgeglichen werden. Der **Haushalt 2005** weist im Entwurf ein Defizit von 203.000 € auf.

Schulen

An der Kardinal-von-Galen Schule wird eine **Außenstelle des Schulkindergartens** der Grundschule Höner Mark eingerichtet. Für 10 Kinder gilt jetzt: Kurze Beine, kurze Wege zur (Vor-)Schule.

Gemäß den Beschlüssen des Stadtrates werden die **Sanierungsmaßnahmen** an allen Dinklager Schulen durchgeführt. Zentrale Maßnahme ist die Sanierung eines Flügeltraktes an der Kardinal-von-Galen Schule sowie der Pausenhallen- decke in der Grundschule Höner Mark.

Die **Bushaltestellen** werden mit GVFG-Finanzmittel des öffentlichen Personen- nahverkehrs und mit finanzieller Unter- stützung der Kreisverkehrsgesellschaft neu gestaltet. Eine notwendige öffentlich- rechtliche Vereinbarung bezüglich der Unterhaltungslast hat der Stadtrat beschlossen.

Jugendmusikschule

Die Stadt beteiligt sich ab diesem Jahr mit weiteren 30.000 € per anno an den Kosten eines hauptamtlichen Leiters. Somit beträgt der jährliche Zuschuss nunmehr 106.700 €.

Bau-, Umwelt-, Sanierungsausschuss

Die **Veränderungssperre** im Bereich des Bebauungsplanes „Auf dem Hövel II“ (Pony-Club) musste um ein Jahr verlängert werden. Ein Zeitraum von zwei Jahren reichte wohl nicht aus, um den Bebauungsplan zu ändern.

Auf Anregung der SPD-Fraktion wird die **ehemalige Bahnstrecke** von der Sander- straße bis zur Straße Bockhorster Moor als Rad- und Fußweg hergerichtet. Der Feinschotterweg sollte laut Bürgermeister bis zum Schützenfest fertig gestellt sein. Dieser Termin konnte aus unbekanntem Gründen nicht eingehalten werden. Relikte der ehemaligen Bahnanlage wie Schilder, Signale, etc. sollen den Charme einer auf- gegebenen Bahnanlage erhalten. Dass mit der Stadt Lohne unbedingt über die An- bindung des Fuß- und Radweges an die auf Lohner Gebiet liegende Strecke gesprochen werden müsse, war eine wei- tere Forderung der SPD an die Verwaltung.

Die **Sanierung des Nichtschwimmer- beckens** wird nach erneuter Vorstellung im BUS-Ausschuss in Kürze durchgeführt.

Umgehungsstraße

Der Stadtrat hat im Februar 2005 den **Trassenverlauf des 2. Bauabschnittes** der Umgehungsstraße festgelegt. Auch die Durchführung eines Planfeststellungs- und eines Flurneuerungsverfahrens, seit Beginn der Diskussion von der SPD bean- tragt, wurde nach anfänglichem Zögern der Mehrheitsfraktion beschlossen.

Das Landwirtschaftsministerium hat inzwi- schen den Bereich Dinklager Umgehung als eine von 21 Projektempfehlungen aus- erwählt, die zu verbindlichen Projekten weiterentwickelt werden sollen. Entwicklungschancen und Zukunftspers- pektiven im ländlichen Raum sollen dabei aufgezeigt und angestoßen werden (siehe OV v. 14. Juli).

Kläranlage

Die Abwasserbeseitigung der Stadt Dinklage ist mit den Stimmen beider Fraktionen rückwirkend ab dem 01.01.2005 an den Oldenburgisch- Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) abgetreten worden. Die **Übertragung** an einem kommunalen Verband ist nach § 150 Niedersächsisches Wassergesetz rechtlich einwandfrei (Kommunales Selbstverwaltungsrecht) und braucht nicht nach Wettbewerbsrecht ausgeschrieben werden. Die Stadt Dinklage ist und bleibt Mitglied im Zweckverband OOWV. Mit dem OOWV als kompetenten und verläss- lichen Partner können die Gebührensätze zunächst konstant und langfristig unter dem Gesichtspunkt des Neubaus einer Kläranlage stabil gehalten werden.

Kinderbetreuung

Das **Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)**, welches für Kinder unter drei Jahren ein bedarfsgerechtes Betreu- ungsangebot vorsieht, ist im Jugend- und Sozialausschuss diskutiert worden. Nach Einschätzung der SPD-Fraktion schafft dieses Bundesgesetz nach Einführung der

Verlässlichen Grundschule und dem Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- platz eine weitere wichtige Ressource für Familien und Alleinerziehende. Es leistet somit einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter. Mit dem neuen Gesetz, welches u.a. von den Kirchen ausdrücklich begrüßt wird, bleibt die Familie weiterhin zentraler Ort der Förderung, es finden aber gesell- schaftliche Realitäten und Elternbedürf- nisse ihre gesetzliche Berücksichtigung. Diese gilt es nun in Dinklage vor Ort bedarfsgerecht zu erfassen und dem Gesetz verpflichtend kommunalpolitisch umzusetzen, war die Forderung der SPD an den Landkreis bzw. an die Stadt.

Ganztagschulen

Kein Bedarf, so das Fazit nach einer ohne konkrete Vorstellung geführten Diskussion mit Eltern sowie in den politischen Gremien. Hier hätte die SPD-Fraktion, die schulische Ganztagsangebote für notwen- dig erachtet, eine konkrete Konzeption erwartet. Der Standort Dinklage ist im Besonderen für das sog. **Kooperations- modell** mit außerschulischen Partnern wie dem Sportverein, der Bücherei, der Jugendmusikschule, dem Fachwerk, dem Jugendtreff mit dem Projekt EULE u.a. prä- destiniert.

Zurzeit verteilt die CDU-Landesregierung die von der SPD-Bundesregierung bereit- gestellten Finanzierungshilfen für notwen- dige Investitionsmaßnahmen, ohne die Herkunft des Gelds natürlich explizit zu erwähnen. Der mit 6 Millionen € höchste Einzelbetrag soll an eine Schule in Dörpen gehen, der Heimatgemeinde des Kultus- ministers Busemanns. Ein Schelm, der dabei Böses denkt.



**unabhängig und
im Interesse
aller Bürger**

Joh. Böhmker • Dinklage



**Werkzeuge • Maschinen
Industriebedarf
Arbeitsschutz
Groß- und Einzelhandel**

Lange Straße 76 · Dinklage
Tel. 0 44 43/10 94 und 10 95



Raiffeisen Bezugs-
und Absatzgenossenschaft
Badbergen-Dinklage eG

**In unserem Raiffeisen-Fachmarkt
finden Sie:**



- **Tiernahrung** - **Bekleidung**
- **Reitsport** - **Dünger**
- **Blumen** - **Eisenwaren**
- **Blumenerde** - **Haushaltswaren**
- **Gartengeräte u. Rasenmäher**

Schützenweg 3 · 49413 Dinklage
Tel.: 0 44 43/5099 -10 · Fax: 0 44 43/5099 -12
E-Mail: rbag.ba-di.fachmarkt@ewetel.net

Die Finanzsituation der Stadt nach Übertragung der Kläranlage

(MW) Der Rat der Stadt Dinklage hat rückwirkend zum 01.01.2005 die Abwasserbeseitigung zu einem Preis von 6 Millionen € an den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserband (OOWV) übertragen. Hierbei handelt es sich nicht um einen Verkauf, sondern um die Übertragung von Rechten an einen kommunalen Verband. Welche Auswirkungen hat der Übertragungserlös auf den Haushalt der Stadt Dinklage?

Grundsätzlich muss zuerst festgestellt werden, dass die Übertragungssumme von 6 Mill. € die Erstattung des von der Stadt investierten und vorgehaltenen Kapitals für die gesamten Einrichtungen der Abwasserbeseitigung durch den OOWV darstellen. Bei der veräußerten Einrichtung handelt es sich nicht um das Vermögen der Gebührenzahler, welche durch die in den Gebühren enthaltenen Abschreibungen lediglich das von der Stadt eingesetzte Kapital erhalten haben. Die Gebühren (=Summe aus Abschreibung, kalkulatorischen Zinsen und Betriebskosten) werden den Bürger nach Übertragung an den OOWV nicht höher belasten als unter städtischem Betrieb. Durch Synergieeffekte und besseres Know-how kann langfristig im Vergleich sogar von niedrigen Gebühren ausgegangen werden. Trotz durchzuführender Investitionsmaßnahmen (u.a. Ertüchtigungen, Erstellung eines Kanalkatasters, Ermittlung der Fremdeinleiter) wird die Gebührenhöhe in den nächsten drei Jahren garantiert. Danach wird sie moderat ansteigen.

Mit der Übertragung entfallen im Verwaltungshaushalt die Einnahmen durch

die Gebühren der Beitragszahler in Höhe von ca. 1,1 Millionen Euro. Parallel entfallen die Ausgaben für die Betriebsführung in Höhe von ca. 580 TSD. €. Um die in den Gebühren enthaltenen Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen in Höhe von ca. 510 TSD. € aufzufangen, muss der gesamte Übertragungserlös in die Schuldentilgung investiert werden, um mit geringeren Zins- und Tilgungsleistungen eine aufkommensneutrale Wirkung im Haushalt zu erzielen.

Trotz definitiv geringerer Schulden hat sich die Finanzsituation der Stadt Dinklage durch die Übertragung der Kläranlage somit nicht geändert.

Der Zeitpunkt der Übertragung ist richtig gewählt. Bei einer Übertragung im Jahre 1999 hätten die Herren Stadtväter und -damen der Mehrheitsfraktion um Kathe nicht der Versuchung widerstehen können, das Kapital u.a. für den Rathausneubau einzusetzen. Auch wären andere Begehrlichkeiten geweckt worden, weil die Einsicht in die prekäre finanzielle Lage den damals Beteiligten fehlte. Wahrscheinlich hätten wir heute genauso hohe Schulden wie vor der Übertragung (ca. 11,6 Mill. €), aber keine Kläranlage mehr.

Nicht so sehr der finanzielle Aspekt hat den Rat dazu bewogen, die Kläranlage an den OOWV zu übertragen, sondern die Aussicht auf Zusammenarbeit mit einem ausgewiesenen Experten in der Wasserver- und -entsorgung zum Vorteil der Bürger. Im Hinblick auf den Neubau 2010 sind strategische Entscheidungen zu treffen. Die Übertragung ist ein erster entscheidender Schritt.

SPD Quo vadis Gymnasium Dinklage?

Zum zweiten Mal hat sich unsere junge Stadt am Burgwald bisher vergeblich bemüht, ein eigenes Gymnasium zu bekommen. Dabei waren diesmal die Voraussetzungen viel günstiger als vor rund 40 Jahren. Dinklage ist enorm gewachsen, ist zwischenzeitlich Stadt und hat so viele eigene Schüler, dass locker ein kleines, aber feines Gymnasium entstehen könnte - ja, wenn das Wörtchen *Wenn* nicht wäre. Es soll daher noch einmal aufgezeigt werden, warum es bisher nicht geklappt hat.

1. Noch bevor die neue CDU – Landesregierung in Niedersachsen die genauen Inhalte des neuen Schulgesetzes veröffentlichte, hatte sich die CDU-Spitze im Kreistag darauf festgelegt, neben Lohne, Vechta und Damme keine weiteren gymnasialen Standorte zuzulassen.
2. Die Dinklager CDU-Kreistagsabgeordneten Heinrich Voet und Hermann Korte hatten sich dieser Vorgabe angeschlossen und sich somit gegen Dinklage entschieden.
3. Viel zu spät wurden unser Stadtrat und die Verwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze tätig, um die Möglichkeit, die das Schulgesetz für Orte in der Größe Dinklages bietet, durch Aktionen vielfältigster Art umzusetzen und beim Kreis noch „einen Fuß in die Tür zu bekommen!“
4. Die Gründung der Initiative „Pro Gymnasium“ und deren bemerkenswerten Aktivitäten konnten die Diskussion im Kreistag nicht mehr wesentlich beeinflussen. Bei der alles entscheidenden Abstimmung im Oktober 2003 haben sich neben meinem

Kreistags-Kollegen Bernd Kessens und mir lediglich der Vertreter der Grünen und beide FDP-Abgeordnete mit Nachdruck für ein eigenständiges Dinklager Gymnasium ausgesprochen. Die Dinklager CDU-Kollegen haben geschwiegen.

5. Unsere Dinklager CDU-Stadtratsfraktion favorisierte daraufhin dann die Einrichtung einer Außenstelle der Lohner Schule in Dinklage, um sie dann später zu einem eigenständigen Gymnasium auszubauen. Unsere SPD-Stadtratsfraktion hat von Anfang an gesagt, das sei der sichere Anfang vom Ende.
6. Bereits im Herbst 2003 wurde im Kreistag bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 beschlossen, das Gymnasium Lohne im großen Stil auszubauen. Ich habe wiederholt mit Sorge um unsere Dinklager Chancen gefragt, ob sich dieser Ausbau gegen ein Dinklager Gymnasium richtet. Mir wurde wiederholt gesagt: „Nein, dies richtet sich nicht gegen Dinklage!“ Weil ich misstrauisch blieb, habe ich diese Antworten im Protokoll festhalten lassen. Ich befürchte, es waren Falschaussagen.
7. Erstmals wurden Schuleinzugsgrenzen festgesetzt. Dinklage gehört damit zum Bereich Lohne. Für die Außenstelle wurde kein besonderer Schulbezirk gegründet.
8. Dann passierte fast ein Jahr gar nichts. Man hatte uns in Vechta ja versprochen, die Dinklager Schülerzahlen wohlwollend zu beobachten. Und die Zahlen waren und sind gut. CDU-MDL Biestmann, gleichzeitig stellvertretender Landrat, sagte uns in Dinklage, mit den präsentierten Zahlen hätte Dinklage eine gute Chance. Ferner ist

es ein gutes Zeichen, dass sich die Schüler an der Außenstelle in Dinklage ausgesprochen wohl fühlen.

9. Dann kamen die beiden Umfragen und das grauenvolle Spiel der Totengräber der Außenstelle zeigte nachhaltige Wirkung. Zugegeben, das Procedere bei den Umfragen war ein wenig unglücklich, aber der Einfluss eines bekannten Gegners aus Elternkreisen war verheerend. Weil sich der Kreistag noch immer nicht bezüglich eines selbständigen Dinklager Standortes entschieden hatte, wurde der überwiegende Teil von Dinklager Gymnasiasten der Klasse 5 direkt in Lohne angemeldet. Konsequenz: Der Kreistag löste die Außenstelle in Dinklage auf.
10. Daraus folgt für mich:
Beide Dinklager CDU-Kreistagsabgeordnete haben sich bei der Abstimmung zum Gymnasium verhalten wie vaterlandslose Gesellen und unser Bürgermeister hat nur halbherzig mitgekämpft. Bei der großen Veranstaltung bei Susen, zu welcher die Eltern der Klassen 1 bis 4 eingeladen waren, war er nicht einmal anwe-

send und er hat viel zu spät den Kontakt zu Nachbargemeinden aufgenommen, um Verbündete zu suchen. Auch auf dem Feld der Bildungspolitik ist er ein Blender.

11. Die Truppe um Sabine Meyer und Paul Riesselmann hat aufopferungsvoll gekämpft. Sie wurden für Ihre Aktivitäten zum Teil sehr unsachlich angegriffen, obwohl sie sehr überzeugend dargelegt haben, wie wichtig ein Dinklager Gymnasium mit kurzen Wegen für die Schulkinder und besonders für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt sein würde.
12. Quo vadis Dinklager Gymnasium ? Es ist zwar viel schief gelaufen, doch wir haben noch eine geringe Chance. Mit der Zeit wird es weitere Argumente für ein eigenes Gymnasium geben. Diese können nur gemeinsam umgesetzt werden. Alle müssen dazu an einem Strang ziehen. Die SPD in Dinklage wird nicht aufhören, diesen Kampf zu führen. Wir werden aber ehrliche Mitstreiter finden müssen.

*(Wessel Mährlein,
Mitglied in Stadtrat und Kreistag)*



 Finanzgruppe

IHRE ERSTE ADRESSE IN SACHEN SICHERHEIT.

Fragen zu den Themen Versicherung, Sparen und Finanzierung? Hermann Brockhaus und sein Team der Geschäftsstelle Dinklage stehen Ihnen jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung.

Hermann Brockhaus

Clemens-August-Str. 7 · 49413 Dinklage
Telefon: 0 44 43 / 96 11 55
Solche Nachbarn braucht der Mensch.

ÖFFENTLICHE
 LANDESBRANDKASSE
VERSICHERUNGEN OLDENBURG

3 mal Gastlichkeit in Dinklage



Gaststätte im Jahn-Stadion



Wir reservieren für Ihre Feiern

Paul Suntken · Lange Straße 17 · Dinklage
Telefon 0 44 43/24 22

UNSER ÖRTCHEN

HUMOR - SATIRE - SPASS



**Lieber Jan,
Du liebenswert-
komischer Bewunderer
Dinklager Kommunalpolitik.**

(LS, MV) Endlich habe ich herausgefunden, seit wann es so abwärts geht: Seitdem es die kalorienfreie, wertefreie, steuerfreie und schadstofffreie Gesellschaft gibt.

Ebenso haben wir einen kompetenzfreien Bürgermeister, jede Menge fähigkeitsfreie Ratsmitglieder und eine führungsfreie Verwaltung.

Allerdings, ein kompetenzfreier Bürgermeister, der hat was. Er kann reden und reden, auch mit vielen Leuten telefonieren, aber wir haben nichts zu befürchten, denn heraus kommt das Motto:

Ich will so bleiben wie ich bin.

Als erstes hat er eine planungsfreie Verwaltung geschaffen, denn für wen will man planen, wenn man doch nichts unternehmen will. Kompetenzfreiheit schafft Planungsfreiheit.

Ich darf so bleiben wie ich bin.

Danach schafft er die verkaufsfreie BGE. Durch Klönen, Schnackern und Schwarzmalen schafft er eine stadteigene Gesellschaft fast ohne Einnahmequellen.

Ich muss so bleiben wie ich bin.

Sein Hauptaugenmerk gilt allerdings dem fähigkeitsfreien Mitarbeiter. Es kann, nein es darf nun mal nicht sein, dass ein kompetenzfreier Bürgermeister Mitarbeiter mit Fähigkeiten hat. Und so vergeht kaum ein Tag, an dem der Bürgermeister nicht über die Inkompetenz seiner Mitarbeiter spricht. Das schafft die Freiheit für jeden Mitarbeiter, die er braucht, um sich zu entwickeln.

Und so passt der Bürgermeister dahin, wo er hergekommen ist, in die Mehrheitspartei, die immer noch „Freiheit statt Sozialismus“ für eine intelligente Formel hält.

Denn damit fing eigentlich alles an. Freiheit statt Sozialismus, meinungsfreie Gesellschaft, konsumfreie Verbraucher, arbeitnehmerfreie Betriebe und der große Clou der Zukunft:

Die antriebsfreie Fortbewegung, d.h., Stillstand ist gleichgesetzt mit Mobilität. Herrlich freie Zeiten kommen auf uns zu.

Lieber Jan, du meinst, das sei alles nur eine große Veralberung oder ein Werbetrick?

Das, was früher Verbote waren, heißt heute „Frei von“. Fettfrei, alkoholfrei, tabakfrei und schadstofffrei ist die Devise.

Ich wünsche mir folgendes: Eine Gesellschaft, die wieder Werte akzeptiert, eine engagierte Stadtverwaltung und einen kompetenten Bürgermeister, zu dem ich sagen kann:

„Du darfst so bleiben wie du bist.“

Dein Nörgler Anton

UNSER ÖRTCHEN

HUMOR - SATIRE - SPASS

Briefe
an die Leser



Lege nicht, **Ratsherr Korte**,

der Zeit zur Last, was Du selbst verschuldet hast, denn auch beim Gymnasium heilt die Zeit nicht alle Wunden.

Dafür sorgt Ihr Örtchen

Übermäßiger Tatendrang,
Ratsherr Gorniak,

der nicht durch einen klaren Durchblick beherrscht wird, hat auf das Geschehen eine negative Wirkung. Man kann auch sagen: „Blinder Eifer schadet nur.“

Weiß nicht nur Ihr Örtchen

Wenn man,
Ratsfrau Kröger,

ein Jahr lang schweigt, so verlernt man das Schwätzen und lernt das Reden.

Empfiehl Ihr Örtchen

Die Hintanstellung,
Kreistagsmitglied Voet,

einer Aktion muss nicht unbedingt darauf hinauslaufen, dass die Sache vom Tisch ist. In Sachen Gymnasium heißt das: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“

Da ist sich ganz sicher Ihr Örtchen

Ihr Idealismus,

Ratsherr Blömer,

wächst auch immer wieder mit der Entfernung von Problemen.

Beobachtet Ihr Örtchen

Eigentlich,

Herr Bürgermeister,

halten Sie sich für fotogen und stehen gerne in der Öffentlichkeit. Warum wurde die Presse bei Vertragsunterzeichnung in Sachen Kläranlage nicht zugelassen?

Fragt erstaunt Ihr Örtchen

Sie wollen,

Ratsherr Schiplage,

abtreten, weil Sie nicht mehr gebraucht werden. Richtig, weiß schon seit Jahren

Ihr Örtchen

Sie,

Ratsvorsitzender Hammoor,

erschöpfen eher alle Zuhörer als das Thema, wenn Sie etwas von sich geben.

Ermüdete Ihr Örtchen

Die Wahrheit,

Herr Bürgermeister,

ist ein seltenes Kraut, noch seltener wer es gut verdaut.

Daran erinnert Sie Ihr Örtchen

Zu guter Letzt ...

(AS) Wie jeder weiß, sind am:

18. September 2005 von 8.00 bis 18.00 Uhr

Bundestagswahlen.

Jeder Wahlberechtigte sollte hier sein Mitbestimmungsrecht nutzen. Denn jede abgegebene Stimme wird über die künftige gesellschaftliche Führung in Deutschland mitentscheiden!

Wahlboykott, -müdigkeit oder sogar Desinteresse führen zu einem völlig verkehrten bis hin zu einem fatalen Ergebnis. Denn eine geringe Wahlbeteiligung (50 bis 60%) begünstigt vor allem rechte Parteien mit einseitig belastenden bzw. begünstigenden und damit unsozialen Zielen. Betroffen sind hierbei insbesondere Arbeitnehmer.

Wem der Weg zur Urne schwer fällt, bieten wir zusätzlich eine **Fahrgelegenheit** an. Ein Anruf unter den folgenden Nummern genügt, und der Transport zum Wahllokal und zurück werden arrangiert. Telefon: 04443/4203 oder 91515

Im Anschluss zur Wahl ist in der Gaststätte P. Suntken ein kleiner **Wahlabend (ab 18 Uhr)** vorgesehen. Wer gerne mal vorbeischauchen möchte, ist herzlich willkommen!!!

Zum allerletzten Mal ...

(AS) Vielleicht ist es noch nicht in das Bewusstsein aller vorgedrungen, dass Gerhard Schröder versucht hat, den Karren aus dem Dreck zu fahren, den Altkanzler Kohl und seine Mannen in eben diesen hinein gefahren haben. Daraus folgende notwendige und durch die derzeitige Regierung begonnenen Reformen sind mit Sicherheit nicht immer angenehm. Sie wären allerdings längst nicht so dramatisch, wenn nicht schon zu den unionsregierten Zeiten damit begonnen worden wäre. Auch die heutige Opposition weiß um diesen Sachverhalt, schweigt sich dazu aber lieber aus. Die Folgen jahrzehntelanger Misswirtschaft sind heute spürbarer denn je und sie sind, so die breite weltwirtschaftliche Meinung, durch die derzeitige Regierung moderater als sie mit den heute gemachten Wahlversprechungen anderer Parteien sein werden.

Redaktion:

Matthias Windhaus (MW)

Andrej Stölting (AS)

Ludger Seelhorst (LS)

Martin Vodde (MV)

Wessel Mährlein (WM)



Matthias Windhaus (MW)



Andrej Stölting (AS)



Ludger Seelhorst (LS)



Martin Vodde (MV)



Wessel Mährlein (WM)

UNSER ÖRT Nr. 62
Sept. 2005

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Dinklage
Holderfer Straße 19 a · 49413 Dinklage
Tel: 0 44 43 / 27 95

Gesamtherstellung:
Druckerei B. Heimann
Burgstraße 4 · 49413 Dinklage